

Lage unter den Studenten

31. Oktober 1956

Information Nr. 295/56 – Betrifft: Lage unter den Studenten

Quelle

BStU, MfS, AS 83/59, Bd. 1b, Bl. 260–264 (36. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Stoph, Grotewohl, Ulbricht, Matern, Schirdewan, Oelßner, Leuschner, Ziller, Mückenberger, Norden, Wandel, Honecker, Hager, Neumann, Ebert, KGB Berlin-Karlshorst (»Freund«) – MfS: Mielke, Last, Markus Wolf, Walter, Beater, Joseph Gutsche, Carlsohn, HA V, SED-KL im MfS, Abt. Agitation, Gartmann, Ablage, Weikert.

Bemerkungen

Im Verteiler gestrichene interne Adressaten (Vermerk: »sind nicht rausgegangen«): HA II, HA PS, Abt. VII, HA XIII, Abt. X, HA III (Hofmann), HA III (Kleine), HA III (Weidauer).

Anlage

Aufruf an der Humboldt-Universität (Abschrift).

Neben den bisher bekannt gewordenen drei Hauptforderungen (objektive und schnelle Information durch Presse, Abschaffung des obligatorischen Russischunterrichtes, Bildung selbstständiger Studentenorganisationen) trat am 30.10.1956 erstmalig die ernst zu nehmende »Forderung an alle Studenten« auf, den »Anstoß zum deutschen Freiheitskampf« zu geben.

In der Nacht vom 29./30.10.1956 wurde an der Wandzeitung der FDJ des physikalischen Institutes der Humboldt-Universität ein »Aufruf an alle Studenten« angebracht. Er fordert die Studenten auf, ihre Tätigkeit in der »kommunistischen FDJ« zu verweigern und die Ausbildung der GST dazu zu benutzen, um Ausbildung an Waffen zu erhalten. Der Aufruf weist daraufhin, dass die Masse der Bevölkerung nur auf die Initiative von oben wartet. »Studenten, gebt den Anstoß zum deutschen Freiheitskampf.« (Aufruf als Anhang).

In einem weiteren Aufruf, der am 30.10.1956 in 4-facher Ausfertigung im Berliner Universitätsgebäude angebracht war, heißt es: »Die Studenten wollen den Ereignissen nicht blind und abseits gegenüberstehen!¹ Wir fordern daher:

1. Schluss mit allen Vorbehalten, Verschleierungen und Lügen in Presse und Rundfunk der DDR.
2. Einberufung einer *Großkundgebung* aller Studenten der Universität, auf der *durch frei zu bestimmende Redner* zur gegenwärtigen politisch Lage Stellung genommen wird.
3. Offene Aussprachen sowohl mit allen Kommilitonen als auch mit jedem Einzelnen, der sich um eine klare Einschätzung der eingetretenen Situation bemüht. Scheuen wir die Wahrheit nicht ...!«

Im Mittelpunkt der Forderungen der Studenten steht nach wie vor die sofortige Abschaffung des russischen Sprachunterrichtes. Besonders aktiv sind dabei die Studenten der Universität Jena. Dort brachten zwar der Prorektor, der stellvertretende Rektor und der 1. Sekretär der SED der Universität den Studenten gegenüber zum Ausdruck, dass ihre Forderungen nach Abschaffung des obligatorischen Russischunterrichtes gegen jede akademische Gepflogenheit verstoße, konnten aber die Forderungen nicht unterbinden. Im 1. wie im 2. Studienjahr der medizinischen Fakultät kam zum Ausdruck, mit neuen Methoden das Studium fortzusetzen, aber die alten Forderungen beizubehalten, während die Studenten des 3. Studienjahres Medizin – nach ihrer beim Prorektor geäußerten Meinung – mit der Weiterführung des Russischunterrichtes einverstanden waren. In Wirklichkeit aber diskutierte ein Teil der Studenten weiter und beauftragte einige Studenten am 31.10.1956 um 12.00 Uhr in der Mensa ihre Forderungen zu formulieren. Es wurde ebenfalls vorbereitet, dass das 1. und 2. Studienjahr daran teilnimmt. Bei allen diesen Aussprachen wurde auf »Streik« oder »auf die Straße gehen« hingewiesen.

Auch an der Universität Halle haben die Forderungen auf sofortige Abschaffung des Russischunterrichtes ein großes Ausmaß angenommen. Die reaktionären Kräfte unter den Studenten trugen bei einer Aussprache mit den FDJ-Sekretären und Seminargruppenssekretären ihre Forderungen in frecher, provokatorischer Weise vor und fanden starken Beifall. Als Beweis für die Richtigkeit dieser Forderung wurde eine »Resolution« – von 170 Studenten unterzeichnet – vorgelesen. (Resolution soll sich beim Staatssekretariat für Hochschulwesen befinden.) Bei Aussprachen mit Vertretern des Lehrkörpers kam es zu Missfallenskundgebungen. Argumente:

- »Wir fordern Gleichberechtigung aller Sprachen.«
- »Professoren können kein Russisch, sind auch gute Wissenschaftler.«
- »Wir Versuchskaninchen müssen ausbaden, was oben dauernd verbrochen wird.«
- »Unsere Wissenschaft stützt sich auf englische Veröffentlichungen, Bedeutung der Russischen Sprache geht zurück.«
- »Bis wann wird Russisch abgeschafft?«

Auf den Einwand, dass Studenten nicht einfach vom Russischunterricht wegbleiben könnten, kam der Zwischenruf »Arbeiter streiken auch«. Mitglieder des Lehrkörpers und des Staatssekretariats für Hochschulwesen beeinflussten den Einfluss [sic!] der Versammlung günstig. Es ist jedoch festzustellen, dass der FDJ-Sekretär der medizinischen Fakultät, der diese Versammlung leitete, nicht Herr der Lage war und sich nicht an die vorher festgelegte Linie »Isolierung der Provokateure« hielt.

Am 29. und 30.10.1956 wurden in der Humboldt-Universität Berlin folgende Seminare im Russischunterricht nicht besucht bzw. gestört:

- 29.10. – 1 Seminar (ca. 25 Personen) im 3. Studienjahr Medizin nahm nicht teil.
- 29.10. – 1 Seminar (ca. 25 Personen) 2. Studienjahr Veterinärmedizin nahm nicht teil.
- 30.10. – 1 Seminar der landwirtschaftlichen Fakultät kam betrunken zum Unterricht.
- 30.10. – Im Seminar des Dozenten Brauer wurde eine Stinkbombe geworfen.

In der *Hochschule für Musik – Berlin* wird in einem Wandzeitungsartikel »Fragen der Studentenschaft an die Direktion unserer Hochschule« zum Ausdruck gebracht, dass die Informationen durch unsere Presse falsch und zusammenhanglos seien. Sie beweisen das anhand von Notizen aus der »Berliner Zeitung«. Sie stellen in diesem Artikel folgende Fragen:

- Seit wann wird in einem sozialistischen Land gerade dann die Neuwahl des Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden vorgenommen, wenn ein »faschistischer Putsch« unternommen wird.
- Seit wann werden Regierungsumbildungen in der Presse an nebensächlicher Stelle am Ende einer Mitteilung veröffentlicht?
- Wie kann Ruhe und Ordnung gesichert sein, wenn die Konterrevolutionäre zwei Tage nachher erst die Waffen niederlegen?
- Wieso ist es möglich, dass sich die faschistischen Elemente eine Woche gegen die Regierung, hinter der geschlossen die Bevölkerung steht gegen die Sowjettruppen behaupten?
- Weshalb würde zwei Tage nach der Regierungsbildung eine neue Regierungsbildung erfolgen und am Sonnabend bereits wieder?
- Warum werden nur Kommentare, nicht aber Tatsachen mitgeteilt?

»... Wir sind der Überzeugung, dass nur ein offenes, freimütiges Gespräch zur Lösung dieser Fragen führen kann. Wir sind keine Agenten, Saboteure und Konterrevolutionäre. Wir wollen ehrlich am Aufbau des Sozialismus mitarbeiten und bitten um Antwort auf diese Frage ...« Nach einer Aussprache zwischen einem Studenten und dem Prorektor lehnte letzterer eine Versammlung über diese Fragen mit der Begründung ab, es gäbe keine Referenten. Trotzdem teilte der Student der Redaktionskommission der Wandzeitung mit, dass die Versammlung genehmigt worden sei. Daraufhin erschien an der Wandzeitung der Hinweis: »Große Diskussion am 31.10.1956«. Am Morgen des 30.10.1956 waren Abschriften des vorhin genannten Artikels im Konservatorium und in der Telefonzelle angebracht. Der oben angeführte Artikel wurde auch an eine Lehrerin der Hochschule geschickt.

Anlage zur Information Nr. 295/56

[Aufruf an der Humboldt-Universität]

Am 30.10.1956 wurde im Haupteingang der Humboldt-Universität in Berlin ein Aufruf angebracht, dessen Text nachstehend als Abschrift wiedergegeben wird. Der Verfasser des Aufrufes und Hinweise, wie viel Personen davon Kenntnis haben, sind noch nicht bekannt.

»Aufruf an alle Studenten! | Der Ernst der Lage macht es erforderlich, an das politische Verantwortungsgefühl aller Studenten zu appellieren. Die Entwicklung ist so weit vorangeschritten, dass wir den Bestrebungen der Großmächte, das deutsche Volk für immer am Boden zu halten, nicht mehr ohne unsere Antwort zusehen dürfen. Das bewusste Scheitern der beiden Genfer Konferenzen dürfte wohl jedem Deutschen die letzten Zweifel an diesen Bestrebungen genommen haben.² Es gibt keine Macht der Welt, die daran interessiert ist, dem deutschen Volk seine Freiheit, Unabhängigkeit und sein geeintes Vaterland zurückzugeben. Allein wir Deutschen selbst können und müssen dieses große Ziel erzwingen. Eine politische Passivität kann keiner unter diesen Umständen gegenüber seinen Mitmenschen und Nachkommen verantworten. Wir rufen daher jeden Studenten auf, gegen das ausländische Joch sowohl im Westen als auch im Osten zu kämpfen. Die letzten Ereignisse aus Polen und Ungarn zeigen mit aller Deutlichkeit, dass dieser Kampf nicht aussichtslos sein wird. Der Bestand der deutschen Nation ist sehr gefährdet. Studenten! Verweigert die Tätigkeit in der kommunistischen Zwangsorganisation FDJ. Nutzt die Gelegenheit der Ausbildung an Waffen in der GST, aber denkt an eure Sicherheit. Zieht die Lehren aus dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Die Masse der Bevölkerung wartet nur auf eine Initiative von oben. | Studenten! Gebt den Anstoß zum deutschen Freiheitskampf! | gez.«

1

Gemeint sind hier die Ereignisse in Polen und Ungarn: In Polen blieb die innenpolitische Situation nach der Niederschlagung des Posener Arbeiteraufstandes Ende Juni 1956 instabil und in der Bevölkerung zeigte sich eine zunehmend antisowjetische Stimmung. Um die Situation zu beruhigen, setzte der reformorientierte Flügel der PVAP eine Umbildung der Parteiführung durch; am 21.10. wurde der 1948 abgesetzte und 1951 inhaftierte ehemalige Parteichef Władysław Gomułka zum Ersten Sekretär der PVAP gewählt, während die Vertreter des stalinistischen Flügels nicht mehr ins Politbüro gewählt wurden. Die Wahl Gomułkas stieß auf enthusiastische Reaktionen in der Bevölkerung, die in einer Demonstration mit etwa 500 000 Teilnehmern am 24.10. in Warschau gipfelten. Vgl. dazu Kramer, Mark: Soviet-Polish Relations and the Crises of 1956. Brinkmanship and Intra-Bloc Politics. In: Engelmann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 61–126, hier 89–124. – Der Volksaufstand in Ungarn begann am 23.10.1956 mit Demonstrationen in Budapest, die sich in den folgenden Tagen auf das ganze Land ausweiteten. Bereits am Abend des 23.10. bat Parteichef Ernő Gerő die sowjetische Armee um Hilfe. Am 24.10. wurde die Forderung der Demonstranten nach der Berufung des reformorientierten Kommunisten Imre Nagy zum Ministerpräsidenten erfüllt, am 25.10. wurde Parteichef Gerő durch Janos Kádár ersetzt. Zeitgleich kam es zu Angriffen auf die Demonstranten, bei denen etwa 200 Personen getötet wurden. Vgl. dazu u. a. Varga, László: Der Fall Ungarn. Revolution, Intervention, Kádárismus. In: Engelmann, Roger; Großbölting, Thomas; Wentker, Hermann (Hg.): Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen. Göttingen 2008, S. 127–136.

2

Die Genfer Gipfelkonferenz von USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich fand vom 18.7. bis 23.7.1955 statt. Sie war das erste Treffen der Staats- und Regierungschefs aller vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs. Auf der Konferenz wurde keine Einigkeit in der Deutschen Frage erzielt; die vier Mächte einigten sich lediglich unverbindlich darauf, die Wiedervereinigung auf der Grundlage freier Wahlen durchzuführen. Die Genfer Außenministerkonferenz der vier Mächte fand vom 27.10. bis 16.11.1955 statt. Auf ihr sollten praktische Lösungsansätze für die auf der Gipfelkonferenz vom Juli 1955 behandelten Themen ausgearbeitet werden. Die Sowjetunion lehnte die Vorschläge der Westmächte für eine Wiedervereinigung auf der Grundlage gesamtdeutscher freier Wahlen (überarbeiteter Eden-Plan) jedoch ab und die Konferenz scheiterte. Vgl. dazu Dokumente zur Deutschlandpolitik III/1, S. 148–281 bzw. 483–741.